

Eingang:

08.06.2022

**Antrag
der CDU-Fraktion**

Ältere Menschen vor häuslicher Gewalt schützen

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Seniorinnen und Senioren geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere die veränderte Situation während und nach der Pandemie aufzuarbeiten. Das Thema soll im Rahmen der folgenden Programme und bei den genannten Stellen adressiert werden. Ziel sollten konkrete Handlungsansätze sein.

1. Seniorenbeirat Frankfurt
2. Programm „Würde im Alter“
3. Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
4. Städtische Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit beim Thema häusliche Gewalt (Frauenreferat)
5. Koordinatorin häusliche Gewalt am Polizeipräsidium Frankfurt

Begründung

Das Thema „häusliche Gewalt bei älteren Menschen“ ist nicht nur ein Thema im Bereich der Pflege in Einrichtungen, im häuslichen Umfeld oder zum Beispiel auch von pflegenden Angehörigen gegenüber Pflegebedürftigen. Auch in Paarbeziehungen von älteren Menschen gehört Gewalt oft zum Alltag. Diese Tatsache wird oft tabuisiert und nicht öffentlich angesprochen. Viele ältere Menschen lebten insbesondere während der Corona-Pandemie aus Vorsicht sehr zurückgezogen und waren isoliert – manche sind bis heute nicht wieder in ihrem normalen Alltag angekommen. Es ist davon auszugehen, dass es auch bei der Partnerschaftsgewalt sowie generell der interfamiliären Gewalt durch pflegende Angehörige eine hohe Dunkelziffer beziehungsweise einen Anstieg der Vorfälle gibt.

Die Gewalt kommt in allen sozialen Schichten vor und bisweilen erleben die Betroffenen die Gewalt über Jahrzehnte hinweg. Frauen sind häufiger Opfer als Männer. Experten

bestätigen, dass sich die Gewalt in Partnerschaften oder etwa in der Kinder-Eltern-Situation mit steigendem Alter verändert. Körperliche und sexuelle Misshandlungen gehen in psychische Gewalt über. Psychische Gewalt umfasst beispielsweise Nötigungen, Beschimpfungen, Erniedrigungen, Missachtungen, soziale Kontrolle und Isolation.

Auch ökonomische Gewalt spielt eine Rolle. Ältere Menschen sind in Ehen oder Beziehungen oft finanziell abhängig und haben keinen Zugriff auf das gemeinsame Konto. Ökonomische Gewalt führt häufig dazu, dass sich die Betroffenen aus dem sozialen Umfeld zurückziehen und somit keine soziale Kontrolle mehr stattfinden kann. In der Folge fallen zum Beispiel Verletzungen am Körper in unterschiedlichen Heilungsstadien nicht mehr auf. Außerdem fehlen Situationen, in denen Betroffene von Schlafstörungen, Suizidgedanken oder Depressionen berichten oder sich jemandem anvertrauen könnten. Besonders ältere Frauen wissen nicht, wo sie Hilfe bekommen können, suchen aus Scham keine Beratungseinrichtungen auf oder sind dazu aufgrund nicht vorhandener Mobilität nicht in der Lage.

Dr. Nils Köbler
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerinnen und Antragsteller:

Stv. Christina Ringer
Stv. Verena David
Stv. Sabine Fischer
Stv. Claudia Korenke